

Beschlussvorlage

zur Behandlung im **Verwaltungsausschuss**

Betreff: **Ermittlung der steuerpflichtigen Umsätze gem. § 2 b UStG; Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe**

Bezug:

Anlagen: 0

Beschlussantrag:

Für die Ermittlung der steuerpflichtigen Umsätze gem. § 2 b UStG wird eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 25.000 Euro genehmigt.

Finanzielle Auswirkungen	HH-Stelle	2016
Verwaltungshaushalt		
Aufträge an Dritte	1.0340.6010.000	25.000 Euro
Deckung durch Wenigerausgaben bei HHStelle:		
Steueranteil an die Stadt Reutlingen	1.9000.6722.000	-25.000 Euro

Ziel:

Ermittlung der Auswirkungen des neu eingeführten § 2 b UStG auf die zukünftig abzuführende Umsatzsteuer und den Vorsteuerabzug

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Der Gesetzgeber hat zum 01.01.2016 den § 2 b Umsatzsteuergesetz (UStG) neu eingeführt. Dieser ist auf Umsätze anzuwenden, die nach dem 31.12.2016 ausgeführt werden. Es besteht eine Optionsmöglichkeit dahingehend, dass die bisher geltende Regelung weiterhin angewendet wird, längstens jedoch bis zum 31.12.2020. Die entsprechende Erklärung ist bis zum 31.12.2016 abzugeben. Sie kann nur mit Wirkung vom Beginn eines auf die Abgabe folgenden Kalenderjahres widerrufen werden, so dass die Neuregelung dann für das betreffende Kalenderjahr greift.

2. Sachstand

Altes Recht:

Bisher ist im Umsatzsteuergesetz geregelt, dass derjenige Unternehmer ist, der eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbständig ausführt (§ 2 Abs. 1 UStG). Für juristische Personen des öffentlichen Rechts (jPdöR) gilt die Sonderregel, dass diese nur im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art (BgA) und ihrer land- und forstwirtschaftlichen Betriebe gewerblich und beruflich tätig sind (§ 2 Abs. 3 UStG). Umsätze aus hoheitlicher Tätigkeit sind somit nicht betroffen.

Wesentliches Merkmal für das Vorliegen eines BgA ist, dass die wirtschaftliche Tätigkeit ein gewisses wirtschaftliches Gewicht haben muss. Übersteigt der Jahresumsatz aus Lieferungen oder sonstigen Leistungen nachhaltig 30.678 Euro (ehemals 60.000 DM), so wird in dieser Tatsache ein wichtiger Anhaltspunkt dafür gesehen, dass die Tätigkeit wirtschaftlich bedeutend ist. Die größten umsatzsteuerpflichtigen Umsätze werden aktuell – neben dem forstwirtschaftlichen Betrieb – bei den Kommunalen Servicebetrieben Tübingen und der Fachabteilung Vermessung erzielt.

Neues Recht:

Grundsätzlich gelten jPdöR nur dann nicht als Unternehmer, soweit sie Tätigkeiten ausüben, die ihnen im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen. Dies gilt jedoch nicht, wenn die Behandlung als Nichtunternehmer zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führen würde. Dies ist in jedem Einzelfall zu prüfen. Werden jedoch Leistungen nicht auf öffentlich-rechtlicher sondern auf privatrechtlicher Grundlage erbracht, sind sie mit dem ersten Euro steuerbar. Die bisherige Umsatzgrenze von 30.678 Euro gilt insofern nicht mehr.

Praktische Auswirkung:

Sämtliche Einnahmen der Stadt müssen dahingehend überprüft werden, ob diese zukünftig umsatzsteuerpflichtig sind. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, inwieweit den jeweiligen Umsätzen Vorsteuern zugeordnet werden können und ob die Anrechnung der Vorsteuer in der Gesamtsicht vorteilhaft wäre. Letzteres ist relevant, um beurteilen zu können, ab welchem Zeitpunkt das neue Recht angewandt werden soll. Aufgrund der Komplexität der Materie ist es erforderlich, hierbei eine/n Steuerberater/in einzubinden. Der zeitliche und finanzielle Aufwand ist schwer abzusehen.

3. Vorschlag der Verwaltung

Es werden außerplanmäßig 25.000 Euro zur Verfügung gestellt, um die Auswirkungen des § 2 b UStG auf die städtischen Finanzen zu ermitteln.

4. Lösungsvarianten

- a) Es könnte ohne Prüfung der Grundlagen optiert werden und damit das Thema bis zum 31.12.2020 verschoben werden.
- b) Zur Grundlagenermittlung könnten alternativ zusätzliche Ressourcen bei der Stadt geschaffen werden.

5. Finanzielle Auswirkungen

Belastung des Haushaltsergebnisses um die Honorarkosten.